



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Simon Bischof / Xavier Ganioz
100 Jahre Landesstreik

2017-CE-181

I. Anfrage

Im Jahr 2018 jährt sich der Landesstreik von 1918 zum hundertsten Mal. Wir bitten den Staatsrat, die Möglichkeit zu prüfen, im Laufe des Jahres 2018 eine kantonale Informationsveranstaltung über die Entstehung der modernen und sozialen Schweiz für die Bevölkerung zu organisieren.

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war geprägt von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, von denen auch die Schweiz nicht verschont blieb, ganz im Gegenteil. Gewiss konnte die Schweizer Wirtschaft vom Ersten Weltkrieg profitieren, dennoch war die Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter prekär. Lebensmittel waren knapp und unterlagen einer starken Inflation, so wie auch die Mieten. Der Teuerungsausgleich erfolgte für die Bevölkerung zu spät, ausserdem war er unvollständig. Die Arbeitstage waren zu lang: Mit der 1914 verabschiedeten Fabrikgesetz-Revision wurde die 59-Stunden-Woche eingeführt.

Das damals geltende Majorzwahlssystem hatte zur Folge, dass bestimmte Parteien im Nationalrat übervertreten waren, was die allgemeine Unzufriedenheit verstärkte. Zu jener Zeit hatten die Frauen weder das Recht, zu wählen, noch, gewählt zu werden. Auch gab es noch keine Sozialversicherungen wie AHV, IV oder ALV.

Vor diesem Hintergrund haben im Jahr 1918 Hunderttausende Menschen gestreikt und für bessere Lebensbedingungen demonstriert, auch im Kanton Freiburg.

Zahlreiche soziale Errungenschaften, von denen die (Freiburger) Bevölkerung heute profitiert und welche nunmehr «normal» erscheinen, sind auf den Streik von 1918 zurückzuführen, der entscheidende Weichen gestellt hat. In diesem Sinne ist das Jahr 1918 in unseren Augen ein Wendepunkt in der Entstehung der modernen und sozialen Schweiz.

24. Juli 2017

II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat stellt in der Tat fest, dass das historische Ereignis, über das die Grossräte in ihrer Anfrage berichten, von manchen als das schwerwiegendste innenpolitische Ereignis der Schweizer Geschichte seit Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848 bezeichnet wird. Für andere stellt dieses Datum ein entscheidender Wendepunkt in der Entstehung der sozialen und modernen Schweiz dar.

Am 11. November 1918 wurde in Frankreich der Waffenstillstand unterzeichnet, der das Ende des Ersten Weltkrieges besiegelte. Der Unmut, der sich im Laufe dieser schweren, von Armut und

Elend geprägten Jahre breit gemacht hatte, führte zu verschiedenen Protestbewegungen. Zu jener Zeit war in der Schweiz eine von fünf Personen von der öffentlichen Fürsorge abhängig. Am 12. November 1918 brach der Landesstreik aus. Das Oltener Aktionskomitee organisierte einen nationalen Streik, der neun Reformen forderte: sofortige Neuwahl des Nationalrats nach dem Proporzsystem, Einführung des Frauenstimmrechts, Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht, Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmen, Reorganisation der Armee zu einem Volksheer, Sicherung der Lebensmittelversorgung, Alters- und Invalidenversicherung, staatliches Aussenhandelsmonopol und Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden. Rund 250 000 Arbeiterinnen und Arbeiter in gut 100 Schweizer Ortschaften folgten dem Streikaufruf. Aus der Bewegung gingen zwei wichtige Reformen hervor: Im nachfolgenden Jahr fand die erste Proporzwahl statt, was das Ende der freisinnigen Hegemonie bedeutete, und die Arbeitswoche wurde verkürzt. Weitere Errungenschaften, die auf diese Bewegung zurückzuführen sind, wie die AHV oder das Frauenstimm- und Wahlrecht, wurden erst Jahrzehnte später umgesetzt.

Die Geografie des Streiks macht deutlich, dass die Spannungen vor allem auf Deutschschweizer Boden und in den Industriestädten zu spüren waren. Die Anführer aus den französischsprachigen Kantonen hätten sich viel weniger stark daran beteiligt, aus Angst, mit den revolutionären Ideen in Verbindung gebracht zu werden, die zu jenem Zeitpunkt in Berlin brodelten. Aufgrund seines ländlichen Charakters war der Kanton Freiburg weniger stark involviert. Einzig die SBB-Angestellten, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Cardinal und diejenigen einer Kartonagenfabrik verliessen ihre Arbeitsplätze. In Zürich hingegen hatten die Bankangestellten bereits am 30. September und am 1. Oktober 1918 gestreikt. Aus Angst vor Ausschweifungen hatte der Bundesrat am 5. November ein Truppenaufgebot angeordnet. Zwei Tage später trafen Infanterie und Kavallerie in der Stadt ein, um für Ordnung zu sorgen. In Grenchen (SO) wurde auf eine Menschenmenge geschossen, welche die Züge an der Weiterfahrt hinderte; dabei starben drei Menschen.

Angeichts der Art der Forderungen und der Geografie dieses Streiks soll dieses wichtige historische Ereignis in erster Linie auf nationaler Ebene gefeiert werden. Überdies ist für Ende Sommer 2018 ein historisches Zeitbild auf nationaler Ebene geplant: In der Stadt Olten wird ein grosses nationales und mehrsprachiges Theaterereignis stattfinden, an dem alle Kantone mitwirken (1918.ch). Jean-François Michel, zuständig für die musikalische Gestaltung, wird sich für Freiburg an diesem künstlerischen Werk beteiligen. Über die Kantonale Kommission für kulturelle Angelegenheiten hat der Staat Freiburg der Erinnerungsfeier bereits einen finanziellen Beitrag gesprochen.

Abschliessend erachtet es der Staatsrat als nicht angebracht, eine kantonale Veranstaltung zur Erinnerung an den Landesstreik von 1918 zu organisieren.

11. September 2017